

Politik



Obwohl die CDU/CSU und die derzeitige Bundesregierung gut fusionieren könnten, erzählen die Juros es gäbe immer noch Unterschiede

Seite 3

Bundeswehr



Weil die Bundeswehr toller ballern will als alle anderen Heere zusammen, braucht sie mehr Geld als im Etat vorgesehen war

Seite 3

Rezension



Da sie früh genug emigrierten, haben mit Theodor W. Adorno und Thomas Mann wenigstens zwei Kritiker Deutschlands die Nazis überlebt

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Nach dem Kabinettsbeschluss: Studierende stören Ratssitzung

Als Reaktion auf den Studiengeldbeschluss der NRW-Landesregierung zog am Donnerstag gegen 15:20 eine Gruppe von ca. 40 Studierenden in das Bochumer Rathaus. „Lasst uns der tagenden Ratssitzung klarmachen, dass wir weiter Widerstand leisten!“, hieß es im spontanen Aufruf zur Aktion. Die Studierenden enthüllten ein großes Transparent mit der Aufschrift „Education – Not For Sale!“ und forderten von den Ratsleuten ein klares Statement gegen die unsozialen Pläne der rot-grünen Landesregierung. Die Ratssitzung wurde daraufhin unterbrochen. Nach ca. 20 Minuten verließen die Protestierenden den Ratssitzungssaal friedlich und freiwillig.

Der AStA der Ruhr-Uni Bochum verurteilt den Kabinettsbeschluss scharf: „Es ist zynisch zu behaupten, das Erststudium würde gebührenfrei bleiben, wenn gleichzeitig Gebühren für einen Großteil der Studierenden eingeführt werden“, so AStA-Vorsitzender Rolf van Raden. Eine Statistik der Ruhr-Universität aus dem

vergangenen Jahr belegt, dass allein an der Ruhr-Uni Bochum 48 % der Studierenden mindestens im 13. Semester studieren. „Es ist einfach absurd, fast der Hälfte der Bochumer Studierenden Faulheit zu unterstellen und zu beschließen, dass sie die enorme Summe von 1.300 Euro im Jahr zusätzlich zahlen müssen“, so van Raden weiter. Unterstützung bekommt er von fast 15.000 BochumerInnen, welche sich in den vergangenen Wochen an einer Unterschriftenaktion gegen Studiengeldgebühren beteiligten. Die Unterschriften wurden jetzt dem „Aktionsbündnis gegen Studiengeldgebühren NRW“ übergeben, das sie gemeinsam mit den Unterschriften aus anderen Städten an die Landesregierung weiterleiten wird.

20% weniger Studierende?

Offiziellen Verlautbarungen aus der Politik zu Folge sollen die Studiengeldgebühren zu mehr Abschlüssen führen. Doch die 1.300 Euro pro Jahr werden für viele Studierende unbezahlbar sein, es ist dementsprechend eher davon auszugehen, dass eine größere Anzahl StudentInnen ihr Studium mangels Finanzierungsmöglichkeiten abbrechen müssen. „Die



Bulmahn macht gute Miene zum GATS Widersprüchliches zu Gebühren

Die Bildung selbst ist keine Handelsware“, schreibt Edelgard Bulmahn, Bundesbildungsministerin, in der Frankfurter Rundschau vom 8. Juli und verwickelt sich mit diesem Satz und ihren sonstigen Äußerungen in Widersprüche. Im Rahmen einer neuen Verhandlungsrunde der Welthandelsorganisation in Bezug auf das GATS-Abkommen wird auch eine deutsche Position erwartet. Obwohl eigentlich die WirtschaftsministerInnen der einzelnen Länder verhandeln, darf die Bildungsministerin diesmal auch mitreden. Was sie zu sagen hat, hat sie schon vorher der Frankfurter Rundschau kundgetan. Schließlich geht es ja im GATS um den Handel von Dienstleistungen, wozu auch die Bildung zählt, obwohl diese eigentlich keine Handelsware ist (vgl. Eingangszitat). Auf der anderen Seite schildert Bulmahn selber sehr genau, welchen hohen wirtschaftlichen Stellenwert der Handel mit Bildung bereits hat. So machen z.B. die Einnahmen, die die Vereinigten Staaten durch Studiengeldgebühren von dort studierenden AusländerInnen erhalten, rund 10 Milliarden

Dollar aus. Einen Zusammenhang zwischen der Einführung von Studiengeldgebühren und dem Handel mit Bildung kann bzw. will Frau Bulmahn jedoch nicht erkennen.

„Die aus der Kultur und Geschichte der jeweiligen Mitgliedsstaaten entspringende eigene Gestaltung des Bildungswesens muss weiterhin frei weiterentwickelt werden können.“ Das heißt nicht etwa, wie man vielleicht meinen könnte, dass man sich damit vorbehalten will, Bildung in der BRD weiterhin kostenlos anzubieten. Zwar hat man dies zumindest für das Erststudium so im Hochschulrahmengesetz verankert, die geplante Einführung von Studienkonten in NRW führt dies jedoch ad absurdum. Denn gerade Studienkonten, die das Studium ja erst quantifizierbar gestalten, könnten auf lange Sicht als erstes Sprungbrett in den internationalen Bildungsmarkt dienen. Stattdessen geht es bei der oben zitierten freien Weiterentwicklung des Bildungswesens darum, privaten AnbieterInnen von Bildung in Deutschland keine Subventionen zahlen zu müssen. Jedoch ist z.B. die Möglichkeit, weiterhin die inländischen staatlichen Hochschulen zu finanzieren ohne Subventionen an private AnbieterInnen leisten zu müssen, zeitlich begrenzt. Grundsätzlich gelten solche Ausnahmen im GATS maximal 10 Jahre.

Bildung als Dienstleistung

Bildung ist als Dienstleistung, das hat auch Bulmahn erkannt, Bestandteil des GATS-Übereinkommens. „Es kann nicht darum gehen, diese Dienstleistungen aus den Verhandlungen auszuschließen, sondern nur darum, die marktfähigen und die nicht marktfähigen Teilbereiche schärfer zu unterscheiden.“ So sollen die Möglichkeiten

des GATS voll ausgeschöpft werden, aber auch die Grenzen definiert werden. Was aber diese Grenzen sind, bleibt Bulmahn schuldig. Sie deutet lediglich an, dass Schulen hiervon ausgenommen sein müssen, in Bezug auf Hochschulen jedoch äußert sie sich weniger konkret. Profitieren will man aber dennoch von den Möglichkeiten. Bereits jetzt bieten diverse Hochschulen Sprachkurse für ausländische Studierende an, die jedoch nicht von den Unis selber ausgerichtet werden, sondern von extra gegründeten, privaten Gesellschaften, die den Unis nahe stehen. Dies ermöglicht es, für diese Kurse hohe Gebühren zu kassieren. Auch im Bereich der Weiterbildung wird dieses Modell bereits angewandt. Diese Beispiele verdeutlichen, dass die Hochschulen nicht nur bereits jetzt an einem großen Stück des Bildungsmarktkuchens Interesse gefunden haben, sondern auch, wie weit fortgeschritten der Kampf um den Bildungsmarkt bereits ist. Insofern ist es sicherlich eine Illusion zu glauben, Studiengebühren auf lange Sicht verhindern zu können. Zumal bereits verschiedene andere Staaten darauf drängen, dass die Liberalisierungen des Bildungswesens weiter voran getrieben werden soll. Entgegen ihren Beteuerungen, keine Bildungsliberalisierungen von Drittstaaten im Rahmen der GATS-Verhandlungen zu fordern, hat die EU auf Initiative der Niederlande im Juni doch Forderungen gegenüber den USA aufgestellt. Aufgrund der „Natur“ der GATS-Verhandlungen ist schwer damit zu rechnen,

dass die USA nun auch Forderungen an die EU stellen werden.

... aber nicht als Ware?

Auch wenn Bulmahn die Handelsware Bildung auf verschiedene, ausgesuchte Bereiche beschränken will, so kann sie damit jedoch nicht verhindern, was bereits Fakt ist: Bildung IST eine Ware, auch wenn sie es nicht sein sollte. Denn Bulmahn macht nicht klar, wo der Unterschied zwischen Bildung an sich und Bildungsdienstleistungen liegen soll und die Grenzen verschwimmen hier immer mehr. Es scheint vielmehr darum zu gehen, das teure und umkämpfte Geschäft nicht allein dem Markt und privaten AnbieterInnen zu überlassen, sondern dem Staat zumindest die Möglichkeit offen zu lassen, an diesem Markt zu partizipieren. Die Weichen dafür sind ja jetzt gestellt. Auch scheint sich Frau Bulmahn lediglich um die Qualität künftiger Bildungsangebote zu sorgen. Wie es in einem privat-öffentlichen Bildungssystem um die Chancengleichheit bestellt ist (siehe Beispiel Großbritannien), scheint die Sozialdemokratin weniger zu beschäftigen.

Verena Witte, Mona Beumers (Referentinnen für Hochschulpolitik)

Die Dokumentation „Wir dürfen Bildung nicht als Ware dem Handel überlassen“ von Edelgard Bulmahn ist online noch ca. sechs Wochen einzusehen unter www.fr-aktuell.de/start/doku

Gebühren würden vor allem Studierende treffen, die kurz vor ihrem Abschluss stehen“, so der AStA-Referent für Hochschulpolitik Aron Müller. Für Bochum geht der AStA davon aus, dass die Zahl der Studierenden an der Ruhr-Universität um 15-20 Prozent sinken würde, sollte der Beschluss der Landesregierung auch den Landtag passieren.

Weder die Ankündigung, dass die Gebühren in einigen Jahren nach dem „Studienkontenmodell“ eingetrieben werden sollen, noch die Tatsache, dass die Landesregierung Kredite für Studierende bezuschussen will, ändern etwas an der Tatsache, dass die Landesregierung, anstatt selber für eine vernünftige Studienfinanzierung zu sorgen, Banken und Kreditunternehmen neue KundIn-

... Fortsetzung auf Seite 2

Unfaire Wohnheimis

Am 4.6 fanden parallel die Geo-Party der Fachschaft Geographie und die Wohnheimparty auf dem Kalwes statt. Während die Geo-FachschaffterInnen bei der Plakatwerbung für ihre Party fairweise die vorhandenen Plakatlflächen nicht vollständig ausnutzten, war ihre Konkurrenz da dreister und überklebte mehrfach gezielt die Plakate der Geos. Dabei wäre jeweils genug von kommerziellen Anbietern unberechtigtgenweise genutzte Plakatlfläche vorhanden gewesen. Ein Sprecher der Fachschaft Geo bedauerte dies gegenüber der bsz: „Zwischen den Fachschaften und anderen Inis sollte kein Plakatierkrieg bestehen, wir haben schon genug Probleme mit kommerziellen und außeruniversitären Veranstaltungen, die ähnlich dreist plakatierten. Und wenn Veranstaltungen am selben Tag stattfinden, was sich im kurzen Sommersemester nun einmal nicht vermeiden lässt, sollte eine Koexistenz möglich sein.“

Die Geo-Party war übrigens gut besucht und gilt als voller Erfolg.

MONITOR: Clement kriminalisiert Schülerin

Als im letzten Jahr u.a. Wolfgang Clement zu Protesten gegen einen Aufmarsch von Neonazis in Dortmund aufrief, beteiligte sich auch die 14-jährige Schülerin Johanna an den Protesten gegen diese. Nach einer großen Kundgebung, auf der unter anderem der Ministerpräsident sprach, schloss sie sich einer antifaschistischen Demonstration an. Diese wurde kurz darauf ohne ersichtlichen Grund von der Polizei eingekesselt und Johanna von einem Polizisten niedergeschlagen.

Im Glauben an den demokratischen Recht(s)staat schrieb sie anschließend einen persönlichen Brief an Wolfgang Clement, in welchem sie schilderte, wie sie von dem Polizisten niedergeschlagen wurde – schließlich hatte Clement auf der Kundgebung Engagement gegen Rechts gefordert. Anstatt einer Antwort des Ministerpräsidenten bekam sie jedoch einen Brief vom polizeilichen Staatsschutz Dortmund, welcher ihr mitteilte, das man auf Grund der im Brief geschilderten Teilnahme an der Demonstration ein Ermittlungsverfahren wegen Landfriedensbruch gegen sie eingeleitet habe. Und man rief Johannes Eltern an, da man die Schülerin erkenntnisdienlich behandeln und in einer Vernehmung ihre Neigung zu „linker Gewalt“ klären wollte – nach Angaben der Dortmundur Polizei hatte Clement den Brief an das Innenministerium und dieses ihn wiederum an die Dortmundur Polizei weitergeleitet. Für Johanna unglaublich, angesichts der Tatsache, das besagter Wolfgang Clement noch vor wenigen Jahren plante, Justiz- und Innenministerium zusammenzulegen, zumindest für diesen vermutlich völlig normal ...

Was für Johanna, ihre Eltern und Freunden vermutlich ebenso unfassbar war, wie für ZuschauerInnen, die am vergangenen Donnerstag einen MONITOR-Bericht über den Fall sahen, ist in gewisser Weise für AntifaschistInnen schon lange bittere Realität. Da das Verfahren gegen Johanna letzten Endes eingestellt worden ist, könnte man zynisch feststellen, dass es in zweierlei Hinsicht positive Auswirkungen hatte: Zum einen dürfte allen, die von diesen Vorgängen erfahren haben, ihr Vertrauen in den bürgerlichen Rechtsstaat und dessen RepräsentantInnen zu Recht verloren gegangen sein, zum anderen dürften sich nach dem MONITOR-Bericht der eine oder die andere kritische Gedanken über die Glaubwürdigkeit des angeblichen „Aufstand der Anständigen“ gemacht haben.

Unterstützung gebraucht

Am kommenden Freitag den 12.7. findet von 9 – 16 Uhr vor dem Landgericht Wuppertal die Urteilsverkündung gegen mehrere AntifaschistInnen statt. Ihren wird die Teilnahme an antifaschistischen bzw. antirassistischen Aktionen wie z.B. gegen den Einzug der NPD in den Schwelmer Stadtrat oder gegen eine Abschiebung zur Last gelegt, wobei für einen der jungen Angeklagten eine Haftstrafe im Raum steht. Obwohl die Verhandlungen öffentlich sind und der Gerichtssaal bis zu 60 Menschen fasst, fanden sich bisher relativ wenige UnterstützerInnen ein. Hingegen tauchen regelmäßig diverse Neonazis auf, unter ihnen der Schwelmer NPD-Stadtrat Thorsten Crämer. Wer sich angesichts dessen einmal in die Situation der Angeklagten hineinzuversetzen sucht, kann sich vorstellen, das einige wohlgesonnene UnterstützerInnen hilfreich wären. Kommt zahlreich!

BurschInnenschaften in den Niederlanden Korporationen special

Die Niederlande sind allgemein bekannt und geschätzt ob ihrer landestypischen Vielfalt: Neben der häufiglich propagierten Mixage aus Tulpen, Grachten und Halluzinogenen haben dort auch in der StudentInnenschaft traditionelle Werte ihren festen Platz. Brauchtumpflege, Sport und Saufen sind die Kerntugenden der sogenannten „Studentenvereinigungen“, der spezifisch holländischen Variante des Korporationsstudent(Inn)entums. Wem – wie dem Autor – die einmalige Gelegenheit zuteil wurde, einen Blick in die sonst schwer zugänglichen Hallen der präakademischen Upper Class zu werfen, kann sein Erstaunen angesichts der Besonderheiten niederländischer Verbindungen nur schwer verbergen.

Ca. 40% der niederländischen StudentInnen sind korporiert. Zu beachten ist das „Innen“, denn von männerbündischen Grundsätzen verabschiedeten sich die „Vereinigungen“ schon in den 70ern. Das Verbindungsleben ist jedoch von allerlei Regelwerk bestimmt, bei denen auch Geschlechtsspezifisches nicht ausgenommen bleibt: Für Frauen gelten in einigen Verbindungen z.B. weniger strenge Kleidungs Vorschriften(!), sie dürfen z.B. Turnschuhe im Verbindungsraum tragen.

Unvernarrt studieren – dafür Sport

Die für das deutsche Korporationsspektrum zentrale Rolle ausgelebter oder sublimierter Militanz findet in den holländischen Pendants – trotz z.T. schillernder Bezeichnungen als „Corps“ – keine vergleichbaren Gegenstücke. Allenfalls auf sportlicher Ebene üben sich die Verbindungen im Wettbewerb und bilden Mannschaften bei Segelregatten, Ruderturnieren und anderen Sportevents.

Und sonst?

Es fragt sich, worin das eigentliche „verbindungs typische“ Element der Vereinigen liegt. Die Antwort hierauf lautet: Exklusivität als solche. Die Aufnahmen sind hart und oft mit persönlichen Demütigungen der NeuanwärterInnen verbunden, die mitunter in menschenverachtende Erniedrigung ausarten. Doch auch zeitlich ist der Zugang beschränkt: Vereinigen nehmen nur in den ersten vier Tagen des Semesters Neumitglieder auf, wobei ausschließlich StudienanfängerInnen willkommen sind. Klar, dass viele Erstis befürchten, das beste am Studidasein (Events, Saufen) zu

verpassen und sich pro forma um Aufnahme bemühen – schaden kann's ja nicht, außerdem sind die Mitgliedsbeiträge relativ niedrig.

Wer macht die besten Parties?

Wer sich gegen das Korporiertendasein entscheidet, hat, je nach Uni, oftmals mit Beeinträchtigungen in der Abendgestaltung zu rechnen: An vielen Hochschulen ist das Nachtleben fest in der Hand der Vereinigen – und Verbindungsfeiern sind ausschließlich für Mitglieder offen. Externe dürfen nur einzeln als Begleitung von Mitgliedern und nicht zu allen Anlässen dem bunten Kulturprogramm beiwohnen, wozu exzessive Besäufnisse ebenso gehören wie Konzerte, Sportveranstaltungen, Vorträge und Kleinkunst.

Andere Länder, andere Sitten

Die Funktion der holländischen Verbindungen liegt übrigens weniger in der Seilschaftenbildung, die inzwischen mehr und mehr zur Angelegenheit von Fachschaften und Karriereinitiativen wird. Vielmehr verstehen sie sich als „Lebenschule“, in der der/die Einzelne „abgehärtet“ werden soll. Ein ruppiger Umgang ist eine Methode dazu, dies zu erreichen und in einer Vielzahl von verbindungs eigenen Regeln („Mores“) sind nicht nur nach Knigge-Manier das Verhalten der Mitglieder, sondern auch angemessene Strafen festgeschrieben. In einer Verbindung gilt es z.B. als unhöflich, den Barkeeps den Rücken zuzuwenden – was diese nun legitimiert, ihrem Unmut darüber durch Eiswürfel-in-den-Kragen-stecken

... fortgesetzt von Seite 1

Protestaktion

nen schafft, welche die Universität hoch verschuldet verlassen – was endgültig den Einstieg in die private Bildungsfinanzierung darstellt. Auch das angebliche Zugeständnis, nach dem die Gebühren in ein paar Jahren an die Hochschulen fließen sollen, ändere nichts an dieser Situation, zumal Studiengebühren bisher noch in keinem Land zur Verbesserung der Studiensituation geführt hätten, so der ASTA-Vorsitzende Rolf van Raden. Im Gegenteil seien sie ein guter Vorwand, den Bildungsetat auf der anderen Seite weiter zu kürzen.

Nicht zuletzt würde die Einführung von Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen, wo ein Drittel aller Studierenden der Bundesrepublik eingeschrieben sind, einen bildungspolitischen Dammbbruch bedeuten: Bildung wird nicht mehr als öffentliches Gut betrachtet, das für jedeN frei zugänglich sein

Gebührenbefreiung für engagierte Streikaktive Protest lohnt sich doch!

Wie am 2. Juli 2002 im Landeskabinett beschlossen wurde, werden ab dem nächsten Sommersemester Studiengebühren in Höhe von 650 Euro erhoben. Die Kabinettsmitglieder einigten sich auf diesen Vorschlag, trotz gegenteiligen Votums des SPD-Parlamentes, sogar die Grünen sind ganz gegen alte Gewohnheiten von einer erkennenbaren eigenen Position (den Studienkonten) abgerückt. Zweitstudierende und Langzeitstudierende können sich also jetzt schon an den tiefen Griff in die Hosentasche gewöhnen. Aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen verlautete, dass Clement sich über den abebbenden Widerstand der Studierenden gefreut habe. Inzwischen werden aber auch Stimmen laut, die eine Art Bonusssystem für Streikaktive einführen wollen. Der endgültige Beschluss stehe zwar noch aus, aber im Kabinett habe sich schon eine klare Mehrheit für diesen Vorschlag herauskristallisiert, so ein Mitarbeiter, der nicht namentlich genannt werden möchte. Damit soll der Zivilcourage der wenigen Aktiven Rechnung getragen werden.

Der Entwurf sieht im Prinzip vor, den Asten des Landes ein Formular in Form eines „Sammelalbums“ für Streik-Aktions-Beteiligungen zukommen zu lassen. Die Asten geben zu Beginn des Semesters eine möglichst genaue Anzahl an Aktionen bekannt und wer das Album oder Heft voll hat, bekommt die Gebühren für ein, in Härtefällen sogar bis zu zwei Semestern als zinsloses Kredit oder bei mehreren Alben sogar bis zur vollen Höhe einer Semestergebühr erstattet. Damit soll der Blick über den Tellerrand und das politische Engagement gefördert werden, womit einem wesentlichen Kritikpunkt seitens der Asten ent-

gegengewirkt wird.

Für Bochum gilt diese Reform schon ab dem nächsten Wintersemester, da Bochum eine anerkannte Reformuniversität (siehe Einführung B.A./M.A. oder Reform der Lehramtsausbildung) ist und sich damit in einer Übergangs- und die Studierenden in einer (Neu-)Orientierungsphase befinden.

Die Formulare können direkt eine Woche nach dem endgültigen Beschluss am 10. September im HoPo-Referat abgeholt werden, Abgabetermin wäre dann der 1. April 2003, ebenfalls im HoPo-Referat. An dieser Stelle

Clement war Behler

Fast eine Woche nach dem Kabinettschluss sollte zwischen acht Studierenden von vier Hochschulen in NRW und Clement ein Gespräch stattfinden. Die Studis wollten fair sein und Clement schon mal vor dem kommenden Semester warnen. Der zynische Kabinettschluss und auch die Studiengeldpläne in anderen Bundesländern sowie das GATS-Abkommen werden sicher nicht unbeantwortet bleiben.

Doch anstelle von Clement war es Behler, die die Studis in Düsseldorf empfing. Der Ministerpräsident könne leider nicht, da er in Oberhausen bei Babcock dringender gebraucht werde. Es schien als hätte von vorher feststanden, das Behler Clement in seinem Gespräch mit den Studis – wo ihm sicher die Argumente fehlen würden – nicht allein lassen würde. Gabi zumindest war gut vorbereitet und plauderte über die künftigen Pläne der Partei. Eine Änderung im Hochschulgesetz von NRW sei nicht erforderlich; die geplanten Gebühren in Höhe von 650 Euro pro Semester könnten auch so eingeführt werden. Am 10. September dann werde der Haushaltsentwurf in den Landtag eingebracht, in dem die Gebühren vorgeesehen sind. Jetzt wird es interessant: Gleichzeitig mit der Gebührenerhebung durch die Aufstellung des Landshaushalts wird ein Termin bekanntgegeben, zu dem in mehreren Bundesländern gleichzeitig Studienkonten eingeführt werden. Studienkontenpläne gibt es derzeit in den SPD-regierten Ländern Schleswig-Holstein, Nie-

Ausdruck zu verleihen. Ach ja: Thekenanlagen und Fetenräume sind in den meist bürgerlich-prachtvollen weiträumigen Verbindungs Häusern eine Selbstverständlichkeit, darüberhinaus verfügen viele über eigene Mensen, in denen oft nicht nur Mitglieder in den Genuss einer preiswerten und weniger schlechten Alternativen zum sonstigen Mensa-Eierlei kommen. Eigene Bibliotheken und Konferenzzimmer runden das Gesamtbild ab, und beinahe hätte auch der Verfasser sich von diesen Privilegien des niederländischen Verbindungslebens hinreißen lassen, wäre der Abend auf einer solchen nicht unerwartet durch ein unfachgerecht serviertes Bier jäh beendet worden: Die Privilegierung funktioniert nur durch den Ausschluss von Menschen, die aus formell oder informell festgelegten Gründen nicht erwünscht sind. Und wer kritische Fragen stellt zu Sitten, Gebräuchen und Praktiken, wird durch Handgreiflichkeiten oder ein Bier in's Gesicht zum Schweigen gebracht.

fzs-Touri-Referat

muss, sondern erhält zunehmend den Status einer Ware, für die jede und jeder individuell bezahlen muss.

Jetzt erst recht!

Auch wenn nun die Semesterferien anstehen, sollen weiterhin Aktionen gegen Studiengebühren stattfinden. „Wir werden weitermachen“, so der Bochumer ASTA, „Rot-Grün wird keinen ruhigen Bundestagswahlkampf machen können, während SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen ein zentrales Wahlversprechen der letzten Bundestags- und Landtagswahlen brechen und damit den sozialen Kahlschlag fortsetzen.“

Rolf van Raden, ASTA-Vorsitzender

noch ein herzliches Dankeschön und weiter so an alle Streikaktiven und ein freundlicher Gruß an alle, die in der Freizeit mitdemonstrieren wollten und es so unglaublich zahlreich getan haben. Das war der Beweis: Ein Streik, um Freiräume für Aktionen zu schaffen, war völlig sinnlos und daneben – ihr hattet wie immer von Anfang an Recht, wie die unglaublich TeilnehmerInnenzahlen bei den Demonstrationen gezeigt haben. Vielen Dank für so tatkräftige Unterstützung der Leute, die nachher alles immer schon gewusst haben.

Aron Müller (Referat für Hochschul- und Bildungspolitik)

dersachsen, Berlin, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Wenn all diese Länder und wahrscheinlich noch mehr gleichzeitig Studienkonten kriegen sollen, wird wohl ein bundesweiter Streik das Ergebnis sein. In Niedersachsen bezahlen Studis bereits Strafgebühren in Höhe von 500 Euro, in Berlin hat es ebenfalls solche Pläne gegeben.

Strategie der Spezialdemokraten: Erstmal Haushaltslöcher graben, um einen vermeintlichen Grund für Gebühren vorzeigen zu können, anschließend die Studis (und später auch SchülerInnen) langfristig abzocken, indem Studienkontenmodelle eingerichtet werden. Und auf GATS (das „Global Agreement on Trades in Services“) kann man sich so eh am besten vorbereiten. Aber dies schien nicht mal Gabi bewusst zu sein. GATS solle man im übrigen nicht so negativ sehen. Klar, Studienkonten am liebsten auch nicht. Aber die Studis unterstrichen abschließend nochmal, dass sie an der Forderung nach einem generellen Gebührenverbot festhalten. Die Gründe hierfür sind bekannt. Auch dürfte nun bekannt sein, dass Clement es nicht für nötig hielt, den Termin zu verlegen, sondern sich in Sachen Studis gerne auf Gabi verlässt.

Umschichtungen im Haushalt sind zwangsläufig Teure Angriffsarmee



bsztermine

Wo ist es denn geblieben, unser schönes Steuergeld für diesen Staat? Herbe Sparprogramme bei den Erwerbslosen, RentnerInnen und bei der Bildung werden verschärft fortgesetzt – da kann es nicht sein. Etwas wärmer wird es bei der Antwort schon, zieht mensch die rot-grüne Gewinnsteu-
er senkung für die großen Konzerne und Banken (auf z.T. unter Null) ins Kalkül. Richtig fündig wird man aber erst bei den Rüstungskosten. Hier wird geklotzt – und das nicht nur wegen der fälligen „Terror-Dividende“ an die Rüstungsindustrie.

Jährlich 1,8 Mrd. DM (da diese und einige andere Zahlen noch dem Haushaltsentwurf 2001 entnommen sind, wird hier weiterhin DM verwendet) mehr hat Rot-Grün in die Bundeswehr „investiert“, als die Kohl-Regierung sich das erlauben konnte. Das bedeutet auch eine 32%-Steigerung bei der Ausrüstung der Bundeswehr von 1999 bis 2001 gegenüber den Jahren '94 bis '98.

Der Industrie reicht das nicht: Der Verteidigungsetat als Ganzes müsse für die nächsten zehn Jahre um jeweils 2,7 Mrd. DM steigen, hat der Leiter der BDI-Abteilung (Bundesverband der deutschen Industrie) für öffentliche Aufträge, Timm Meyer, gefordert. Dringend notwendig sei auch die Anhebung des „Investitions-Anteils“ (Kriegswaffen-Anteil). Laut Spiegel müssen dazu die Ausgaben für neue Militärausrüstung von derzeit 7 Mrd. DM jährlich auf über 15 Mrd. DM steigen. Die wehrtechnische Industrie geht weiter. Sie fordert, den Rüstungshaushalt von jetzt – offiziell – 46,2 Mrd. DM auf 60 Mrd. DM anzuheben. Und vor allem, den Ausrüstungsanteil von jetzt 21% auf 40% zu erhöhen. „Wer nur die wirtschaftliche Bedeutung der deutschen wehrtechnischen Industrie im Auge hat, übersieht die politisch-strategische“, erklärte Ludolf von Wartenberg vom Bundesverband der Deutschen Industrie. „Deutsche Mitsprache in der transatlantischen Rüstungszusammenarbeit ... setzt voraus, dass

Deutschland auch Rüstungsfähigkeiten einbringen kann.“ Schon 1999 hatte auch Kanzler Schröder die Umstrukturierung der Bundeswehr von einer Panzer- in eine Interventions- und Angriffsarmee angekündigt („entscheidende Weichenstellung der deutschen Sicherheitspolitik“). Folgerichtig erhielt er auf der Unternehmertagung 2001 „immer wieder Beifall“, als er den Militäreinsatz in Afghanistan begründete.

Galt die Bundeswehr noch bis dahin als Armee der Landesverteidigung, so lautete der Auftrag schon ab '92: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und ungehinderter Zugang zu den Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Diese Richtlinie wurde von Rot-Grün nicht zurückgenommen. Im Gegenteil. Ausdrücklich hat sich Rot-Grün für die neue NATO-Angriffs- und Interventionsstrategie eingesetzt, inzwischen auch mit dem Anspruch, Präventivkriege zu führen. Die Schröder-Fischer-Regierung hat sich damit für eine deutsche Teilnahme an imperialistischer Politik entschieden. (Mit den Intentionen des Grundgesetzes ist eine solche militärpolitische Doktrin, die unter Vernachlässigung des Völkerrechts und der Herabsetzung der UN auf gewalttätige, geostatische Interessen- und Machtpolitik setzt, zweifellos nicht vereinbar.)

Jetzt wurde der Militär-Etat für 2002 um 9 % gegenüber 2001 gesteigert und wird bei über 52 Mrd. DM liegen. Dazu kommen noch „weitere Verteidigungsaufwendungen nach NATO-Kriterien“, die in anderen Haushalten versteckt sind. Sie erhöhen den Militär-Etat auf über 66 Mrd. DM.

Erst vor wenigen Tagen hat die Regierung weitere „zentrale“ Rüstungsprojekte abgesegnet – ohne dass die Öffentlichkeit davon viel mitbekam. Darunter war die Luft-Boden-Rakete „Taurus“ mit einem Auftragsvolumen von 570 Mio. Euro. Sie war nicht nur von den Militärs, sondern auch von der Rüstungsindustrie gefordert worden. Das Scharping-Ministe-

rium sprach von einem „Meilenstein in der grundlegenden Neuausrichtung der Bundeswehr auf ihre neuen Aufgaben.“ Nun geht es noch vor der Wahl um das Abnicken der neuen Waffensysteme „Meteor“ und „Isis-T“ (für den „Euro-Fighter“) sowie um den Schützenpanzer „Panter“ und um den Militärairbus.

Hartzsche „Ich-AG“ & Co sollen einen Teil der „Terror-Dividende“ erbringen

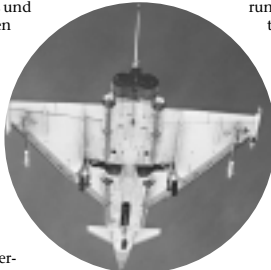
Insgesamt wird zusätzliches Geld für rund 215 Rüstungsprojekte benötigt – für immer teureres Kriegsgerät, das Einsätze weit außerhalb des NATO-Gebietes ermöglichen soll. Geschätzte Kosten: 220 Mrd. DM in den nächsten 15 Jahren. Ende Dezember 2001 wurden, im Windschatten des Airbus-Getöses, weitere neue Beschaffungsprojekte beschlossen: ein eigenes Satelliten-Aufklärungssystem (300 Mio. Euro), fünf Korvetten für den Einsatz in Randmeeren (880 Mio. Euro), 202 Panzerspähfahrzeuge (224 Mio. Euro), sechs Systeme von unbemannten Fluggeräten (218 Mio. Euro).

Das alles, im Zusammenhang mit bereits bestellten 180 Eurofightern (11,5 Mrd. Euro), 219 Transporthubschraubern (2,8 Mrd. Euro), drei Fregatten (1,95 Mrd. Euro) und 70 Militär-Airbussen A 400 M (10 Mrd. Euro), kontrastiert in schlimmer Weise mit den Spar- und Kürzungsprogrammen in allen Sozialbereichen sowie mit den ausgebluteten Kommunen.

Wenn allein die Vorschläge der Hartz-Kommission mittelfristig an die 20 Mrd. Euro bei der Versorgung der Arbeitslosen einsparen sollen, wird klar, woher unter anderem das Geld für die Interventionsarmee genommen wird.

Das ist eine Entwicklung, die Widerstand herausfordern muss – und zwar nicht nur bei der Friedensbewegung!

R. Lafargue



Erbärmliche Kampagne der Regierungsjugend Wählt Stoiber!

In einem parteinahen Jugendverband zu sein, hat schon Vorteile: Neben einer bevorzugten Zuteilung bei der Vergabe von Steuergeldern winkt auch die Nähe zur Macht und die Alten Damen und Herren in den Mutterparteien weisen gerne gönnerInnenhaft auf ihre Möglichkeiten zur Förderung der Lebenswege ihres Parteinauwachses hin. Ein Nachteil ist, dass man wie auch frau selbst dann noch treu auf Linie sein und zur Wahl der Mutterpartei aufrufen muss, wenn diese sich als eher stiefmütterlich erweist und man wie frau von ihr in den Arsch getreten wird.

Die JuSo-Hochschulgruppen und ihre grünen Pendanten führen dies mustergetreu auf der Kampagnen-Homepage studierendegegenstoiber.de vor. Der Wahlauftrag für Rot-Grün kommt als Warnung vor dem bösen Stoiber daher, dieser stehe „für ein Bildungssystem, das auf Selektion als Hauptmerkmal setzt und das einem Elitedenken verpflichtet ist“. So wie die graduate schools in Nordrhein-Westfalen etwa? Darüber hinaus heißt es ein wenig kryptisch in dem Aufruf über die vom bösen Edmund zu erwartende Bildungspolitik: „Eine möglichst frühe Entscheidung über den künftigen Bildungsweg wird angestrebt, um eine gewissenhafte Vorbereitung auf die im Produktionsprozess zu spielende Rolle gewährleistet werden kann“. Unabhängig von der Frage, ob dieser Satz nicht einmal ein ganz anderes Ende nehmen wollte, bleibt die Frage, ob damit

nicht genau so gut die Einführung gestufter Studiengänge in NRW beschrieben werden könnte. Und auch die These „Die bislang betriebene Ausrichtung des Bildungssystems am Wettbewerbsdenken würde drastisch ausgeweitet und das Konkurrenzprinzip würde zum Leitmotiv in der Bildungspolitik“ wirft nur erneut die Frage auf, worin der Unterschied zur Politik der realexistierenden rot-grünen Koalitionen bestehen soll.

Halten die Parteiungjugendverbände die Studis wirklich für so blöd, auf diese Scheinalternative her-einzufallen? Oder fiel ihnen beim besten Willen nichts Besseres ein, um ihren Pflichten zum Wahlauftrag für ihre Mutterparteien nachzukommen; wohlwissend, dass diese die Studen-tInnen ganz schön in den Arsch getreten, nichts verbessert und vieles verschlechtert haben?

Ein guter Rat vom Freund und Helfer

Was also tun bei den Bundestagswahlen? Wen sollen StudentInnen in Baden-Württemberg wählen, die sich von der rot-grünen Bundesregierung das Verbot der von ihrer CDU-Landesregierung eingeführten Straßgebühren erhofft hatten, und erst vier Jahre lang verrotet, dann hängen gelassen und schließlich agitatorisch verarscht wurden? Und die Studis in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, und NRW die „ihre“ Studiengebühren genau diesen Parteien zu verdanken haben?

Ausschlafen am 22.9.

Bei den Protesten am Landtag hatte die bsz-Redaktion Gelegenheit, mit einem Polizisten ins Gespräch zu kommen, der sein Leid klagte: Seinen Plan, durch ein Jura-Studium nach Feierabend in den Höheren Dienst aufzusteigen, würde er aufgeben oder mit 650 Euro im Semester als Zweitstudium teuer bezahlen müssen.

Denn das in seiner Polizeiausbildung enthaltene Studium an einer Fachhochschule des Landes gilt als Erststudium. „Wenn der Clement nochmal so besoffen ist, dass wir ihn tragen müssen, lass ich ihn fallen!“, kommentierte er empört.

Dem kann man sich nur anschließen: Lassen wir sie fallen! Schon allein, weil man wie frau niemals so tief sinken darf, den Kakao, durch den man gezogen wird, auch noch zu trinken. Wer keine Gebührenpartei wählen will, kann am Wahltag zu Hause bleiben oder eine chancenlose Partei wie die DKP wählen. Nicht ohne Verlockung wäre gar die Überlegung, der Erkenntnis, dass sich die großen Parteien sowieso nicht unterscheiden, Rechnung zu tragen, CDU zu wählen und sich an den dummen Geschichten von Schröder und Co. am Wahlabend zu weiden. Als Trost, wenn's ans Zahlen geht.



Mittwoch, 10. Juli

„Offenes Antifa-Cafe“

18 Uhr, Heinz-Westphal-Haus, Dorstener Str.262, Herne-Wanne

Donnerstag, 11. Juli

mural-global

ein weltweites Wandbildprojekt zur Agenda 21: Diavortrag und Gespräch „Alte Gottheiten und Neue Energien“ mit der kubanischen Künstlerin Julieta León und deutschen MalerInnen
19.30 Uhr, Bf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Treffen der Humanitären Cuba-Hilfe

20 Uhr, Sauerstoffcafé, Wittener Straße/Ecke Alsenstraße, Bochum

Freitag, 12. Juli

Djolooff – Hip Hop aus Paris/Senegal

(schon ab 18 Uhr Infostände und afrikanisches Essen vor der Halle!!)
20 Uhr, Bf. Langendreer (Halle), Bochum



Samstag, 13. Juli

Kampagne gegen Kinderhandel

von Terre des hommes, Arbeitsgruppe Wattenscheid/Bochum und SchülerInnen der Hildegardsschule
10 Uhr, Kortumstraße, Bochum

Montag, 15. Juli

Antifa-Plenum

19.30 Uhr, Bf. Langendreer (Raum 6), Bochum

Dienstag, 16. Juli

Bochumer Initiative Südliches Afrika (BISA)

20 Uhr, Bf. Langendreer (Eingang Kino-Café Endstation), Bochum

politik.sommer.campen:

5. antirassistisches Grenzcamp

12.-19.07.2002 in Jena
<http://www.aktivgegenabschiebung.de/>

Internationales Grenzcamp

19.-28.07.2002 in Straßbourg
<http://www.noborder.org/camps/>

Internationales Anti-Atom-Sommercamp

20.-28.07.2002 in Gleditz/Wendland
<http://www.oneworldweb.de/castor/diskus/flugbl/2002/camp.html>

Antifa-Jugendcamp

25.-28.07.2002 Druckluft, Oberhausen
<http://www.antifacamp.de/>

„Das linke Camp zur rechten Zeit“

u.a. von JungdemokratInnen/Junge Linke, Bündnis linker und radikaldemokratischer Studierendengruppen (lira)
26.7.-4.8. in Beckerwitz (Ostsee)
<http://www.linksommercamp.de/>

„Schill-Y-Out-Days – Land in Sicht-Camp“

16.-24.08.2002, in Hamburg
<http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/landinsicht/>

ANTIFASCHISTISCH leben | handeln | campen

23.-25.08.2002, im und am Haus Hoher Hagen in Dransfeld bei Göttingen
<http://www.antifajugend-goettingen.de/>



:bsz**konsumterror**
Lindenstraße

Die Lindenstraße ist“, so Hans W. Geißendörfer, Produzent und „Erfinder“ der gleichnamigen Serie, „die einzige Serie, die eine politische Meinung hat.“ Da stellt sich nur die Frage, was für eine Meinung sie denn hat. Auch hier gibt Geißendörfer bereitwillig Auskunft: „Ich bin ein Alt-Achtundsechziger, und dazu stehe ich auch.“ Das wäre uns natürlich gar nicht aufgefallen, wenn er es nicht gesagt hätte ...

ADORNO – MANN. Briefwechsel 1943–1955
„Ich gönne Sie den Deutschen nicht ...“

So schrieb Thomas Mann am 11. Juli 1950 aus Zürich an Theodor W. Adorno. Letzterer war bereits im November 1949 aus der Emigration nach Deutschland zurückgekehrt, Mann hingegen tat sich schwer damit. „Nach Deutschland bringen mich keine zehn Pferde. Der Geist des Landes ist mir widerwärtig, die Mischung aus Misereabilität und Frechheit aufgrund vorzüglicher Aussichten abstoßend.“ Mann ahnte bereits 1950, wohin der europäische Aufbauplan führt. Deutschland „ist im Grunde das Vorzugskind der Welt. [...] der Schuhmann-Plan ist nichts als der abgekartete Entwurf eines deutschen Europa“ (1. Juli 1950). So sollte es dann kommen.

Der Briefwechsel, dem wir diese treffenden Beschreibungen verdanken, kam durch Manns Lektüre von Adornos Abhandlung „Schönberg und der Fortschritt“ zustande. „Ich fand eine artistisch-soziologische Situationskritik“, so Mann an anderer Stelle rückblickend, „von größter Fortgeschrittenheit, Feinheit und Tiefe, welche die eigentümliche Affinität zur Idee meines Werkes, zu der ‚Komposition‘ hatte, in der ich lebte, an der ich lebte. In mir entschied es sich: ‚Das ist mein Mann.‘“ Er gewann den geschmeichelten Adorno als musikalischen Berater und Gestalter für die Arbeit an seinem Roman „Doktor Faustus“, für den jener das musikalische Spätwerk der Hauptfigur Leverkühn sich ausdachte. Fortan (der Briefwechsel reicht vom 5. Oktober 1943 bis zum 13. August 1955) kommentierten beide des anderen Werk. Adorno nahm nicht nur an der Entstehung des „Doktor Faustus“ teil, sondern auch an der „Erwählten“, der „Bekenntnisse des Hochstaplers Felix Krull“ und der „Betrogenen“. Mann las u.a. Adornos „Minima Moralia“ und den „Versuch über Wagner“.

Zwei deutsche Intellektuelle ...

Das ist zwar alles interessant, aber nichts Neues, auch Manns Brief vom 30. Dezember 1945 über sein Verfahren der „Mon-

tage“ ist längst bekannt. Wer keine Scheu hat, in ausdrücklich privater Korrespondenz zu wühlen, der mag sich das dünne, edle und teure Bändchen kaufen, das der Suhrkamp-Verlag offenkundig abgreiferisch nach Familie Mann-Fernsehfilm und Spiegel-Titelstory auf den Markt warf, um Zeilen beidseitiger aufrichtiger Verehrung und Zuneigung zu entwerfen. Adorno, der öffentlichem unvorbereitetem Sprechen gegenüber skrupulös war, hätte einer Veröffentlichung bestimmt nicht zugestimmt. Den Unterschied zwischen privatem Brief (mit zahlreichen Kommafehlern!) und philosophischer Abhandlung gewahrt auch Mann, als bei Adorno jene in ersteren einrichtet: „Es war mir ganz seltsam, Ihren unglaublich hochgezückelten kritischen Stil, der wie ein Dolch ins Fleisch der Dinge geht, so brieflich-privat angewandt zu finden auf das Eigene“ (8. März 1954).

... und ihre Kritik an Deutschland

Von Stichworten abgesehen sind einzig die Beschreibungen der deutschen Gegenwart interessant. Am 28. Dezember 1949 schrieb Adorno einen langen Brief über seine ersten Eindrücke. Nach Eigenauskunft hätten die Deutschen mit dem Nationalsozialismus nicht das geringste zu tun gehabt, so „daß die unsägliche Schuld gleichsam ins Wesenlose zerrinnt. [...] Ich habe, außer ein paar rührend marionettenhaften Schurken von altem Schrot und Korn, noch keinen Nazi gesehen, und das keineswegs bloß in dem ironischen Sinn, daß keiner es gewesen sein will, sondern in dem weit unheimlicheren, daß sie glauben, es nicht gewesen zu sein; daß sie es ganz und gar verdrängen.“ Auch einer seiner geschätztesten Studenten will glaubhaft machen, dass die Deutschen „den Antisemitismus nie ernst genommen“ hätten und Auschwitz war diesem bereits entfallen, wohingegen Adorno aus Gesprächen mit Oppositions- und Widerstandskreisen weiß, „daß man in Wahrheit seit 1943 alles wußte.“ Adorno war mit seinen Studenten sehr zufrieden, er konnte keinen „Niveauperlust“ feststellen, gleichwohl behagte ihm ihr „Uebereifer“ in Sachen Philosophie nicht ganz, da dieser ihm als Überkompensation und Verschiebung verdächtig wurde. „Es wird über höchst undurchsichtige Fragen an der Grenze von Logik und Metaphysik verhan-

delt, als ginge es um Politik – vielleicht weil es diese in Wahrheit nicht mehr gibt.“ Weil die Menschen machtlos geworden sind, weil ihnen der große Weltanschauungsentwurf genommen wurde, weil „die kollektive Energie der Deutschen wirklich in einem Maße wie nie zuvor in das faschistische Unternehmen eingegangen war“ (3. Juni 1950), muss der auf sich selbst zurückgeworfene Mensch sich auf seinen Geist verlegen und diesen ins Gebiet der unverdächtig scheinenden theoretischen Beschäftigung lenken. „Es ist dafür besonders charakteristisch, daß es fast immer um Auslegungsfragen, kaum um solche der Wahrheit einer Theorie selber geht – ein Spiel des Geistes mit sich selber.“ Die Juden, die sie ermordet hatten, scheinen kannibalistisch angeeignet worden zu sein. „Der Vergleich mit einer Talmud-Schule drängt sich auf; manchmal ist mir zumute, als wären die Geister der ermordeten Juden in die deutschen Intellektuellen gefahren“ (28. Dezember 1949); spätestens im durchsichtigen Philosemitismus der 1980er Jahre wurde dies manifest. Adorno ist sicher, dass „Deutschland aufgehört [habe], überhaupt politisches Subjekt zu sein, Politik wird bloß noch tragierte“, auch wenn ihn die Tatsache, dass ihm wenig Neofaschismus und Antisemitismus „unter die Augen kam, nicht darüber betrügt, daß es all das gibt“ (3. Juni 1950), beobachtet aber gleichzeitig besorgt, „daß Bestrebungen im Gange sind, Bayreuth wieder aufzusperren“, was, „neben der Wiederzulassung Heideggers, zu den bedenklichsten Symptomen hier gehört“ (1. August 1950). Dafür sei „das Verhältnis der Deutschen zu Ihnen [...] unbeschreiblich affektbesetzt. [...] Als ob sie gar nicht von Ihnen loskämen, aber, da sie zu lieben sich nicht getrauen, schimpfen müßten“ (28. Dezember 1949). Mann spielt mit dem Gedanken zurückzukehren, aber noch am 19. April 1952, „kommt [Deutschland] nicht in Betracht. Es ist mir zu unheimlich, ...“, und auch wenn er am 8. März 1954 gänzlich unvermittelt schreibt, dass Deutschlands „Lebensfreude und unglaubliche Urständ [ihn] immer wieder zum Lachen bringen. Ein fabelhaftes Volk ...“, so bewies er Verstand und Geschmack und kehrte Zeit seines Lebens nicht mehr zurück. Thomas Mann starb am 12. August 1955 in Zürich.

fake

THEODOR W. ADORNO – THOMAS MANN. Briefwechsel 1943–1955. Hg.v. Christoph Gödde und Thomas Sprecher. Frankfurt/M: Suhrkamp, 2002. ca. 180 Seiten. 24,90 Euro.

Denn liberaler als in der Lindenstraße geht's nirgendwo anders auf deutschen Bildschirmen zu. Bereits 1991, in Zeiten, als die Homoehe noch ein Wunschtraum war, durften sich Carsten Flöter und Robert Engel schon im Fernsehen küssen und halb Deutschland schaute zu. Mittlerweile gibt's auch Lesben. Ebenso war die Ökobewegung immer wieder ein Thema: Vom Waldsterben bis zum Kampf gegen Atomstrom (inklusive der Demonstration gegen Castor-Transporte nach Ahaus) ist alles schon da gewesen. Wahrscheinlich gibt es keinen gesellschaftlich diskutierten Konflikt, der noch nicht behandelt wurde (außer vielleicht der Legalisierung von Marihuana).

Aber gerade das macht die Lindenstraße ja auch zu dem Fernsehereignis der Woche, abgesehen vom Tatort vielleicht. Immer wieder werden aktuelle politische Ereignisse eingebaut. Und die Tatsache, dass in der Folge des 30. Juni dieses Jahres allein Rudi Völlner, nicht aber die Vizeweltmeisterschaften in sich gefeiert wurde, macht die Lindenstraße nur um so sympathischer. Die Lindenstraße spielt übrigens immer am Donnerstag. Und wenn zufällig gerade mal eine Bundestagswahl oder ähnliches in die Quere kommt und man auf den Sonntag ausweichen muss, wird dies auch gleich zu Beginn der Folge deutlich gemacht.

Eigentlich geht es ja um das gesittete, deutsche Mittelschichtleben und die Probleme, mit denen man im Alltag so konfrontiert ist, z.B. Mafiaabenden, Schwanzabschneiderinnen, Heroinabhängigen, diversen Selbstmorden, Drogenschmugglern, Sekten, Hausmännern, Musikproduzenten ...

Den ruhenden Pol zwischen all dem bildet der gute alte Penner Harry, die ehrliche Haut, verkörpert von Harry Rowohlt, der, die Pulle Billigfusel schwingend, Else Kling immer wieder mit gelungenen Kommentaren in die Schranken weist. Besonders dann, wenn die mal wieder vom Edmund träumt oder herausposaunt, was der Franz-Josef alles nicht zugelassen hätte. Sooodemmm und Gomerrrrrr! Schade ist nur, dass Altnazi Onkel Franz (Kusch, Wittich!) leider mittlerweile zum senilen Greis geworden ist und sein größte Kontrahentin, Amelie von der Marwitz, bereits vor Jahren starb (übrigens auch ein Selbstmord). Jetzt kann man wohl nur noch auf Andy Zenker setzen.

In jedem Fall aber kann man froh sein, dass Herr Geißendörfer damals in den 80ern vom WDR angequatscht wurde, doch mal eine Serie zu produzieren. Seine Bedingung: „OK, ich mach's, aber nur, wenn's eine Soap sein darf!“ Geißendörfer ist nämlich ein großer Coronation Street-Fan, dem britischen Vorbild der Lindenstraße. Zum Glück hat der WDR damals nicht auf den Pfennig geschaut, sonst würde sicher nicht viel passieren ...



:bsz**impressum**

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Rolf van Raden, Thilo Machotta, René Voss
Redaktion dieser Ausgabe: Thomas Friedrichsmeier (tf), Martin Krämer (mk1), Gerd Krauss (geka), Jan Schedler (jas), Charlotte Ullrich (cu), Claus Witte (wc)
V.i.S.d.P.: Jan Schedler (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

Anzeige

- Mensa-Plan für die Woche vom 10. bis 16. Juli -				
Unser Standard	Die „Grüne“ Alternative	Die „Grüne“ Küche	„West-side“	„East-side“
MITTWOCH, 10.7.				
Rindergeschnetzeltes, süß-sauer mit tomatisiertem Gemüse und ein Bohnen-Maisgemüse	Lachssteak, gebraten mit einer Honig-Senfsoße, dazu Rahmkartoffeln und ein Eisbergsalat	Kartoffel-Möhren-Auflauf mit einer Kräutersauce, dazu ein Salat	Bunter Salatteller mit einem Geflügelschnitzel	Rindfleischbällchen mit einer Paprikasauce, dazu Kartoffelwaffeln und ein Bohnengemüse
DONNERSTAG, 11.7.				
Putensteak, natur mit einer Balkansauce, dazu Spaghetti und Blattspinat	(S) Schlemmerhacksteak mit einer Curry-Ketchupsoße, dazu Pommes frites und ein Bohnensalat	Gemüsefrikadelle mit einer Raggensauce, dazu Vollkornreis und ein Salat	(S) Schweinefleischragout „Ragout fin Art“ mit Spargel, Champignons in Sauce, Butterreis und Salat-Beilage	Putenbraten mit Geflügelrahmsauce, dazu Petersilienkartoffeln und ein Blumenkohlgemüse
FREITAG, 12.7.				
Nasi-Goreng mit Hühnerfleisch, dazu eine Asiasauce und ein Salat	Rinderroulade mit Mlettfüllung, dazu Petersilienkartoffeln und ein Rosenkohlgemüse	Tofu-Gyros mit einem Tzatziki-Dip, dazu Mehrkornbaguette und ein Kappessalat	Gebackenes Fischfilet mit Remouladensauce, dazu Kartoffelsalat und eine Salat-Beilage	(S) Schweinefleischspieß mit einer Paprika-Tomatensauce, dazu Risotto-Reis und ein Erbsengemüse
MONTAG, 15.7.				
Putenschnitzel mit brauner Champignon-Rahmsauce, dazu Pommes frites und Erbsengemüse	Schweinegeschnetzeltes in einer Knoblauchsauce, dazu Farfalle Nudeln und ein Bohnengemüse	Vegetarische Frühlingssrolle mit einer Kräutersauce, dazu Vollkornnudeln und ein bunter Rohkost-Mix	Der Kleine Saal ist geschlossen !	Der Kleine Saal ist geschlossen !
DIENSTAG, 16.7.				
Putengeschnetzeltes in einer Currysoße, dazu Kokosreis und ein Fingermöhrengemüse	(S) Schweinenackensteak mit einer Zwiebelsauce, dazu Püree (4,6) und ein Balkangemüse	Gemüsefrikadelle mit einer Balkansauce, dazu Vollkornreis und ein Salat	Der Kleine Saal ist geschlossen !	Der Kleine Saal ist geschlossen !